

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 2
34. Plenarsitzung, Dienstag, 20. Dezember 2022

Redebeitrag zum Landeshaushaltsgesetz 2023/2024 (LHG 2023/2024)

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

20.12.2022

Anrede,

Es war ein einschneidendes Jahr. Krieg in Europa, Pandemie, Klima, Schockwellen in der Wirtschaft, Inflation, die Energiekrise. Viele Leute fühlen sich in einer großen Sorgenschleife gefangen. Normalität im Leben – wer hat früher groß darüber nachgedacht? Heute kostet es viele Menschen enorme Kraft, überhaupt so etwas wie Normalität herzustellen.

- Haus oder Wohnung heizen,
- das Auto volltanken,
- die Rechnung an der Supermarktkasse zahlen,
- Kita, Schule, Kirche, Arzttermine, Vereinsleben. Überall hapert´s.

Umso mehr ist es unser Auftrag, ist es Auftrag der Politik, Orientierung zu geben. Denn das wollen unsere Bürgerinnen und Bürger. In ihrem Alltag. Für ihre Zukunft. Orientierung, Heimat, Geborgenheit. Diese drei Worte sind mir heute besonders wichtig. Weil ich überzeugt bin, dass dieser Haushalt mehr denn je den politischen Auftrag abbilden muss, dafür zu sorgen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger sich sicher fühlen!

Überschattete die Corona-Pandemie in den letzten Haushalten alles andere, so sind es jetzt – einige habe ich eben genannt - multiple Krisen, die sich verkoppeln und die Haushaltsaufstellung zu einer Herausforderung machen und viele langfristige Planungen erschweren.

Anrede,

es gibt kein Lehrbuch, wie wir mit dieser Zeitenwende klarkommen. Aber mir bereitet eines wirklich Sorge: Nur noch 51 Prozent der Deutschen sind damit zufrieden, wie Demokratie funktioniert. Das ist eine alarmierende Zahl.

Anrede,

Demokratie steht und fällt mit dem Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sie braucht Menschen, die sich einmischen und nicht die Haustür hinter sich zu machen. Die nicht die Augen verschließen,

- wenn unser Rechtsstaat angegriffen wird, von rechts wie links,
- wenn Hetze, Hass, Radikalisierung, Fanatismus zunehmen,

- wenn Grenzen überschritten werden,
- wenn auf der Straße nicht demonstriert, sondern geklebt wird.

All das – falsche Wege des Protests. All das - keine Kavaliersdelikte oder Klimaschutz. Eine Straftat, Anrede, bleibt eine Straftat!

Und wer – wie die AfD – den Schlag gegen Reichsbürger als Rollator-Putsch runterspielt, den Verfassungsschutz angreift und die Demokratie verächtlich macht – der hat nur ein Ziel: Vertrauen in die Verfassung zu untergraben. Der will die Gesellschaft zerrütten!

Und ich danke hier ausdrücklich unseren Sicherheitsbehörden und unserer Polizei – sie machen deutlich,

- was Rechtsstaatlichkeit bedeutet,
- was es ausmacht, für unsere Verfassung einzutreten.

Deshalb setzt sich die CDU-Fraktion in diesem Haushalt dafür ein, alle Säulen der Sicherheitsarchitektur, die Polizei, den Brand- und Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz zu stärken. Gerade in Krisenzeiten ist Vertrauen wichtig! Denn es geht in dieser Zeitenwende auch um unsere freiheitliche Demokratie, es geht um die Demokratien in Europa, die mehr denn je zusammenstehen müssen! Und so muss die Haushaltspolitik diesmal vieles zusammenbringen:

- Krisen bewältigen,
- den gesellschaftlichen Wandel absichern,
- Vertrauen schaffen

und dabei solide und verantwortungsvoll mit öffentlichen Mitteln umgehen.

Anrede,

die CDU-Fraktion hat den Haushaltsentwurf der Landesregierung im Detail analysiert. Wir halten Nachbesserungen für notwendig und haben 140 Änderungsanträge eingebracht, die der Leitlinie folgen: Entschlossen gegen Krisen. Mutig für die Zukunft. Es geht darum, heute unsere Heimat für morgen zu gestalten und in Zahlen zu formulieren, wie wir das Beste für Rheinland-Pfalz erreichen können.

Mit unseren Anträgen verändern wir bestehende und schaffen neue Schwerpunkte im Haushalt mit einem Volumen von rund 450 Mio. Euro (davon 165 Mio. Euro im Jahr 2023 und rd. 285 Mio. Euro im Jahr 2024). Unsere Anträge sind solide gegenfinanziert und halten die für uns unverhandelbare und in der Verfassung festgeschriebene Schuldenbremse ein.

Bildung

Die Zukunft unseres Landes entscheidet sich an der Bildung unserer Kinder. Wir starten deshalb mit unseren Haushaltsanträgen eine Offensive für Kita, Schule und Hochschule. Was bedeutet Heimat für Kinder? Primär natürlich Familie und der Ort, wo sie aufwachsen. Aber auch Kita und Grundschule sind Heimat, sollen Orte der Geborgenheit sein. Doch die Betreuungskrise hier fühlt sich für niemanden noch heimatlich an.

Anrede,

„Wir können nicht mehr“ (AZ, 7.12.22).

Die nächste halbe Stunde könnte ich mit Zitaten aus Notrufen, Brandbriefen, verzweifelten Schreiben von Erzieherinnen und Elternausschüssen quer durchs Land füllen. Über zu wenig Personal, über Arbeitsbedingungen am Limit, die zu Lasten von Kindern und ihrer Eltern gehen oder – anders formuliert:

- Über Kinder, denen nicht aus vollen Windeln und beim Mittagessen geholfen wird,
- die nicht getröstet werden, nicht vorgelesen bekommen,
- denen Projektzeiten und Ausflüge gestrichen werden.
- und die unvorbereitet in die Schule wechseln.

Derweil Land und Bund die Misere immer wieder mit neuen Wortgebilden übertünchen, wie Gute-Kita-Gesetz, Kita-Qualitätsgesetz oder Kita-Zukunftsgesetz. Aber all das ändert nichts daran,

- dass Qualitätsstandards weiter sinken,
- dass Kinder in Rheinland-Pfalz nicht mehr, sondern immer weniger betreut werden.

Es kommt nicht darauf an, was auf dem Türschild steht, sondern was in der Kita tatsächlich passiert!

Anrede,

ich möchte noch einen Punkt hervorheben, der mir besonders am Herzen liegt: Die frühkindliche Bildung – noch nie war sie so wichtig für unsere Kinder, gerade nach der langen Corona-Zeit und zudem der Anteil der Kinder mit Migrations- und Fluchthintergrund wächst.

Aber ausgerechnet jetzt stellt der Bund das Programm „Sprach-Kitas“ ein und auch die rheinland-pfälzische Landesregierung misst der sprachlichen Bildung keinen hohen Stellenwert bei. Mit dem Auslaufen des Förderprogramms wird die Finanzierung von zusätzlichem Fachpersonal nicht mehr möglich. Ein herber Schlag, Anrede!

Seit Monaten steigt die Zahl der Kriegsflüchtlinge, über die Balkanroute kommen immer mehr Menschen in unser Land. Derweil plant die SPD-Innenministerin, die deutsche Staatsbürgerschaft schneller und einfacher zu vergeben und gleichzeitig werden Sprachförderprogramme, die elementar für eine gelingende Integration sind, gestrichen und Kommunen im Regen stehen gelassen. Bei der Berliner Ampel-Regierung passt vorne und hinten nichts zusammen! Und Einwanderungsland zu sein bedeutet nicht, unsere Staatsangehörigkeit zu entwerten!

Anrede,

Bildung ist ein Kinderrecht - auch und gerade in Krisenzeiten. Bildung setzt Sprache voraus! Wer nicht richtig lesen und Texte nicht verstehen kann, der wird sich auch in späteren Lern- und Lebensphasen in der Schule, in der Ausbildung, im Studium, am Arbeitsplatz schwer tun. Jedes Jahr verlassen 50.000 Jugendliche in Deutschland die Schule ohne Abschluss. Das ist in Zeiten eines immer größeren Fachkräftemangels ein Armutszeugnis für die Bildungspolitik! Hier müssen wir gegensteuern, von Anfang an!

Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

werden Sie endlich aktiv! Wenn vom Bund kein Geld fließt, dann muss Rheinland-Pfalz ein eigenes Programm auflegen, um das Förderprogramm „Sprach-Kitas“ in unserem Land weiterlaufen zu lassen! Das heißt: Übernehmen Sie die wegfallenden Bundeszuschüsse! Wir bieten mit unseren Anträgen Lösungen: 5 Millionen für 2023 und 10 Millionen für 2024!

- Sichern Sie die Zukunft der Sprach-Kitas,
- fördern sie Kinder, die sozial benachteiligt sind,
- sorgen Sie für frühe Chancengerechtigkeit!

Wir als CDU-Fraktion setzen uns in diesem Doppelhaushalt genau dafür ein! Lehrer, Eltern, Schüler: Sie alle beklagen sich lautstark über den immensen Unterrichtsausfall und Lehrermangel in den Schulen von Rheinland-Pfalz. Frau Hubig, ist das Ihr Verständnis von „einem guten Schuljahr“, wie Sie es im September zum Schuljahresbeginn angekündigt haben?

Von den Jüngsten bis zu den Großen: überall mangelt es an pädagogischen Konzepten des Landes zur Bewältigung der Lernrückstände. Und auch die Umsetzung des Digitalpakts läuft nach wie vor schleppend. Grund hierfür sind nicht zuletzt die komplizierten Beantragungsverfahren. Welche Schule braucht Rheinland-Pfalz?

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, Frau Ministerin Hubig, Sie kommen dann immer wieder mit der sogenannten „Schule der Zukunft“.

Was heißt das wirklich in der Praxis? Für uns ist klar, wir brauchen

- soliden Unterricht,
- eine gute Unterrichtsversorgung und
- gut ausgestattete Schulen!

Dafür setzen wir uns als CDU-Fraktion ein!

An dieser Stelle darf ich kurz auf den jüngsten IQB-Bildungsmonitor verweisen:

- 19 Prozent der Viertklässler können nicht ausreichend lesen,
- 22 Prozent scheitern in Mathe,
- 30 Prozent an Minimalzielen der Rechtschreibung.

Ein bundesweiter Trend, der auch vor rheinland-pfälzischen Schulen nicht haltmacht.

Anrede,

wir müssen diese Abwärtsentwicklung stoppen! Hier werden viel zu früh Startchancen verspielt!

Und deshalb – um an das anzuknüpfen was ich eben betont habe - müssen wir früh, vor der Grundschule ansetzen: Bereits in der Kita herausfinden, ob und welchen Förderbedarf es gibt. Hier beginnt die beste Bildungspolitik für unsere Kinder. Deshalb muss die Maxime lauten: Früh den Sprachstand testen, verbindlich fördern!

Ein weiterer Baustein der Förderung: Eine ausreichende und qualifizierte Schulsozialarbeit in allen rheinland-pfälzischen Schulen. Nach wie vor reichen die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, nicht ansatzweise aus. Derzeit betreut ein Schulsozialarbeiter 1000 Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz. Für uns klar, wir brauchen mindestens doppelt so viele Schulsozialarbeiter!

Noch schlimmer sieht die Lage an Grundschulen und Gymnasien aus. Hier gibt es keinerlei Zuschüsse seitens des Landes für die Schulsozialarbeit. Aber auch diese Kinder haben das Recht, geschützt und in Problemlagen begleitet zu werden.

Geborgenheit – das Gegenteil erleben in diesen Wochen Eltern kranker Kleinkinder. Die aktuelle Infektwelle bringt Kinderärzte und Kinderkliniken an die Grenze der Belastbarkeit. Besonders schlimm ist die Situation in den Kinderintensivstationen – hier sind kaum noch Plätze frei.

- “Kinderstationen in Speyer und Ludwigshafen nehmen keine kranken Kinder mehr auf.”
- “Klinikum Worms beklagt Fachkräftemangel.”
- “ Kinderärzte und Kliniken: „Wir sind am Limit“.”

Nur einige der Schlagzeilen. Zu wenig Personal, zu wenig Betten. Da sind schlichtweg nicht genügend Ressourcen in Rheinland-Pfalz vorhanden, Frau Ministerpräsidentin Dreyer! Eine Überschrift vergangene Woche im SWR: Hilfe, wo kriege ich mein Baby? 44 Prozent der rheinland-pfälzischen Geburtsstationen wurden seit 2009 geschlossen. Wirtschaftlich nicht rentabel genug. Jüngstes Beispiel, das Marienhaus-Klinikum in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Anrede,

hier ist die Landesregierung gefordert!

Herr Minister Hoch, Frau MP Dreyer, das Marien-Klinikum ist im geltenden Krankenhausplan mit 20 Betten für Gynäkologie/Geburtshilfe aufgenommen. Sie sind zuständig, dies gegenüber dem Krankenhausträger einzufordern und dafür Sorge zu tragen, dass die Krankenhausplanung eingehalten wird! Handeln Sie endlich! Sie alleine haben diese Situation zu verantworten, weil Sie seit Jahren die katastrophale Entwicklung ignorieren und nicht gegensteuern!

Auf dem Land droht die medizinische Versorgung wegzubrechen. In Bitburg etwa sind schon mehr als ein Dutzend Hausarztstellen unbesetzt und die große Abgangswelle steht noch bevor. Im Eifelkreis wird in den kommenden 5 Jahren rund die Hälfte der Hausärzte in den Ruhestand gehen.

Damit die ärztliche Versorgung sichergestellt ist, Krankenhäuser in Zukunft weniger überlastet sind und weniger Fachbereiche in Kliniken schließen müssen, fordert die CDU-Fraktion: Die Studienplätze in der Humanmedizin und Pharmazie müssen endlich massiv aufgestockt und die Rahmenbedingungen in der Pflege verbessert werden! Wären Sie unseren Anträgen in der Vergangenheit gefolgt, dann wäre die medizinische Versorgung in Rheinland-Pfalz heute eine andere!

Kinderschutz

Anrede,

einige Worte zum Thema Kinderschutz: Der sexuelle Missbrauch von Kindern zählt zu den widerwärtigsten Straftaten überhaupt. Das ist schlichtweg Mord an Kinderseelen, denn Kinder sind hilf- und wehrlos und bedürfen unseres besonderen Schutzes.

Wir haben in Rheinland-Pfalz mit den Kinderschutzdiensten bereits eine gut etablierte Struktur, die Kindern und Jugendlichen enorm hilft. Im Falle der Durchführung eines Strafverfahrens informieren und begleiten sie Kinder beziehungsweise Jugendliche. Um diese sehr gute Arbeit der Kinderschutzdienste in Rheinland-Pfalz noch breiter aufzustellen, ist eine Ergänzung durch Childhood-Häuser der richtige Weg. Hier können Kinder in altersgerechter Umgebung mit Ermittlern und Prozessverantwortlichen sprechen. Um es mit den Worten der Gründerin der World childhood foundation, Königin Silvia von Schweden: „Kinder brauchen Hilfe!“

Das würde 250.000 Euro kosten, halb so viel wie ein einziger Fußballplatz. Doch das lehnen Sie ab! Das sehen wir anders: Wir stehen im Gegensatz zu Ihnen für eine kindgerechte Justiz zur Stärkung des Kinderschutzes!

Innere Sicherheit und Katastrophenschutz

Anrede,

wir möchten,

- dass die Menschen in Rheinland-Pfalz in Sicherheit hier leben können,
- dass sie sich zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher fühlen,
- und dass Ihr Hab und Gut bestmöglich geschützt wird.

Die tragende Säule für unsere Sicherheit sind unsere Polizistinnen und Polizisten. Sie sind da, um in allen in Notlagen zu helfen, sie unterstützen und schützen uns.

- Wer in Notsituationen hilft,
- wer dafür Sorge trägt, dass Recht und Gesetz eingehalten und durchgesetzt wird,
- wer sich in den Dienst der Gemeinschaft stellt,

verdient Anerkennung, Wertschätzung, Respekt und den Schutz vor Angriffen aller Art! Das sind wir unseren Polizistinnen und Polizisten, aber auch allen anderen Helden der Blaulichtfamilie und der Hilfsorganisationen schuldig. Deshalb wollen wir bis zum Jahr 2026 mindestens 10.000 Vollzeitstellen bei der Polizei. Sie, Anrede, sprechen immer nur von 10.000 Köpfen, doch tatsächlich sind in Rheinland-Pfalz derzeit von 9.301 Planstellen nur 8.792 tatsächlich besetzt.

Zudem wollen wir die beste Ausbildung für unsere Polizistinnen und Polizisten in einer modernen Polizeischule, verbunden mit der modernsten Ausstattung.

Anrede,

Wertschätzung zeigt sich nicht nur in Sonntagsreden, sondern insbesondere auch in einer ordentlichen und fairen Bezahlung unserer Beamten. Aus diesem Grund fordern wir attraktive und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für unsere Beamtinnen und Beamten. Wir dulden keine Angriffe gegen unsere Einsatzkräfte! Deshalb treten wir für die Schaffung von Sonderdezernaten zur Bearbeitung von Widerständen gegen Vollstreckungsbeamte ein.

Anrede,

die schreckliche Flutkatastrophe aus dem vergangenen Jahr und die Aufarbeitung im Rahmen vom Untersuchungsausschuss sowie der Enquete-Kommission haben uns gezeigt, wie wichtig der Brand- und Katastrophenschutz ist - und wie ernst wir ihn alle nehmen müssen! Ein Staat, der in seiner Haushaltsplanung die Grundlagen der Daseinsvorsorge vergisst, der hat das Vertrauen der Menschen nicht verdient.

Zu der Grundlage der Daseinsvorsorge gehört die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger und der möglichst optimale Schutz vor den Risiken und Gefahren, die ihnen drohen. Diese Grundlagen müssen sich auch in der Haushaltsplanung wiederfinden. Wir werden Sie nicht damit durchkommen lassen, Herr Minister Ebling, dass Sie trotz Ihrer kurzen Amtszeit diese Hebel nicht mit aller Kraft umgeworfen haben und nun auch damit beginnen, sich in Prosa und Symbolpolitik zu flüchten. Die Menschen in Rheinland-Pfalz werden Ihnen, Herr Ebling und Frau Dreyer, in die Augen schauen, wenn nur ansatzweise etwas Ähnliches wie im vergangenen Jahr an der Ahr und in der Eifel wieder passiert und Sie erneut damit scheitern, weil zentrale Weichenstellungen im Katastrophenschutz mit diesem Haushalt unterlassen wurden.

Es erfordert jetzt ein kraftvolles Handeln, um bestmöglich auf künftige Katastrophen vorbereitet zu sein. Die Neuaufstellung gelingt nicht allein durch die Schaffung einer neuen Behörde oder durch das Austauschen von Türschildern. Kraftvolles Handeln erfordert kraftvolle Investitionen in die Infrastruktur, in Fahrzeuge, Ausrüstung und in unsere Einsatzkräfte, die tagein tagaus für uns alle auch ihr eigenes Leben aufs Spiel setzen. Dafür verdienen sie, nicht weniger, als die bestmögliche Ausstattung und Ausbildung, die wir ihnen zur Verfügung stellen können!

Hierfür wird mittelfristig ein Investitionsbedarf von rund 700 Millionen Euro von Nöten sein. Ein Weg, den wir heute mit ersten Schritten gehen wollen:

- Mit wasser-, geländefähigen und Tanklöschfahrzeuge, um auf Waldbrände und Hochwassergefahren richtig reagieren zu können.
- Mit modernsten und funktionalen Katastrophenschutzzentren in allen kreisfreien Städten und Landkreisen.
- Mit Hochleistungssirenen in jedem Dorf von Rheinland-Pfalz, denn im Gegensatz zu Ihrem Programm, ist dies mit unserem Ansatz umsetzbar!

- Mit der gleichen Wertschätzung und der notwendigen Förderung für unsere Einsatzkräfte in den Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz
- Und mit einer Stärkung der Brandschutzerziehung, um die Kinder bereits in jungen Jahren für die unterschiedlichsten Gefahrenlagen zu sensibilisieren.

Ich fordere Sie, Anrede, zum Wohl der Menschen in Rheinland-Pfalz noch einmal erneut auf, diese Schritte mit uns gemeinsam zu gehen und unseren Anträgen zuzustimmen, um schnellstmöglich im Katastrophenschutz die richtigen Weichen für eine sicherere Zukunft zu stellen!

WIRTSCHAFT

Anrede,

ich habe es anfangs schon gesagt: Der brutale Angriffskrieg Russlands zeigt auch bei uns seine grausame Wirkung.

Wir in Deutschland spüren die wirtschaftlichen Konsequenzen, die den Menschen Sorgen bereiten. Wir erleben eine Verknappung von fossilen Energieträgern, vor allem Gas, stark steigende Preise inklusive der Strompreise. Das spüren wir als Bürgerinnen und Bürger am eigenen Leib.

Es ist nicht nur unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Menschen ihr Zuhause noch heizen können. Wir müssen auch schauen, dass die Unternehmen, bei denen die Menschen arbeiten und ihren Lebensunterhalt verdienen, überleben können. Die kleinen und mittleren Unternehmen aus energieintensiven Branchen sind besonders betroffen - und darum auch die Arbeitsplätze dort. Insolvenzen aufgrund Liquiditätsengpässen drohen - selbst, wenn die erhöhten Energiekosten zeitlich versetzt an Kunden umgelegt werden können!

Anrede,

die Hilfspakete der Bundesregierung lösen diese Probleme nicht ausreichend. Verspätete Auszahlungen von Hilfen und Auszahlungen, die im März kommen, helfen bei Engpässen im Januar und Februar schlichtweg nicht. Und bei den bisherigen Hilfspaketen steht hoher bürokratischer Aufwand auf der einen Seite und geringer Nutzen auf der anderen Seite. Das kann nicht sein! Und die Frist zur Insolvenzanmeldung ist bis zur Auszahlung nicht selten längst überschritten.

Die CDU-Landtagsfraktion hatte bereits im Sommer einen Härtefallfonds gefordert. Die erst vor kurzem verkündete Härtefallhilfe des Bundes ist unklar und Lücken sind nicht ausgeschlossen. So werden beispielsweise Unternehmen, die als Hauptenergiequelle weder Gas noch Strom, sondern Öl oder Holzpellets nutzen, keine Entlastung aus den Bundesmitteln erfahren. Daher muss Rheinland-Pfalz den vielen kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch dem Mittelstand oberhalb der KMU-Grenze, mit schneller unbürokratischer Hilfe unter die Arme greifen, um vorübergehende Liquiditätsengpässe abzuwenden!

Schauen Sie nach Nordrhein-Westfalen: Dort hat die Landesregierung sofort reagiert und eigene ergänzende Maßnahmen angekündigt. Das ist auch nötig. Sonst würden zum Beispiel Unternehmen, die weder Gas, noch Strom, sondern etwa Öl oder Holzpellets als primäre Energieträger nutzen, in die Röhre schauen.

Ich kann es nicht deutlich genug betonen: Wenn unsere Landesregierung durch die Einrichtung eines Härtefallfonds nicht ausreichend vorbereitet ist, wird das drastische Folgen für Unternehmen und Arbeitnehmer haben!

Frau Dreyer, handeln Sie jetzt! Nur so können wir Insolvenzen von Unternehmen abwenden und Arbeitsplätze sichern!

ENDE

Anrede,

als CDU-Fraktion haben wir uns mit dem Haushalt der Landesregierung intensiv und konstruktiv auseinandergesetzt. Ja, das Land erlebt schwierige Zeiten. Genau darum appelliere ich an Sie: Sehen Sie unsere Anträge und Ideen in diesem Prozess als Chance, das Land im positiven Sinne zu gestalten.

Lassen Sie uns gemeinsam etwas für das Klima tun: Sei es unser Vorschlag zum Landessolergesetz: Lassen Sie uns doch jetzt die Chance nutzen und Photovoltaik auf jedes neue Dach bringen! Und fangen wir mit gutem Vorbild bei den Landesdächern an! Lassen Sie uns doch jetzt Potenziale der Wasserkraft als grundlastfähige Stromquelle anerkennen und ein dezidiertes Ausbauziel festlegen. Lassen Sie uns doch jetzt das Notwendige möglich machen!

Anrede,

in einem Leserbrief an eine Zeitung stand die Tage: Das Wort Krise sei von seiner ursprünglichen, griechischen Bedeutung her positiv zu verstehen. Es meint: Nachdenken, Urteilen, Entscheiden, Handeln – die Chance, Dinge zum Besseren zu wenden. In der deutschen Sprache ist es anders - da ist Krise ein Zustand, der nicht bewältigt ist, der Angst weckt.

Anrede,

wir sollten uns mehr die erste Bedeutung zu eigen machen: Entschlossen gegen Krisen. Mutig für die Zukunft. Die vielen Krisen haben das Gefühl für Heimat, für den Wert, eine Heimat zu haben, verstärkt. Vieles muss neu gedacht werden. Es liegt an uns, wie wir mit diesen Herausforderungen umgehen und welche Weichen wir dafür stellen, auch im Haushalt.

Ihnen von dieser Stelle aus frohes und gesegnetes Weihnachten und ein gesundes Jahr 2023!